

Landtagsverhandlungen.

99. Sitzung.

Donnerstag, den 9. März 1922.

Präsident Fräßdorf eröffnet 11 Uhr 10 Minuten die Sitzung.

Am Regierungstisch die Minister Jellisch und Fleißner mit Regierungsvertretern.

Präsident:

Die Regierung hat gebeten, noch einen Gegenstand heute auf die Tagesordnung zu nehmen, und zwar die Drucksache 106, die Konnensgefäß betreffend. Die Sache ist sehr einfach, die Regierung hält aber die schnelle Erledigung für notwendig.

Der Landtag beschließt, die Vorlage 106 als letzten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

Präsident:

Dann ist dem Landtag eine Vorlage 107 zugegangen, die Gewährung von Wirtschaftsbörsen an Beamte betreffend. Der Vorstand empfiehlt die Vorlage sofort dem Finanzausschuss A zu überweisen.

Der Landtag beschließt demgemäß.

Punkt 1 der Tagesordnung: Ertragwahl

- a) eines Stellvertreters in den nach § 18 des Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz zu bildenden Ausschuss,
- b) eines Mitglieds in den Verwaltungsausschuss für die Mobilversicherer.

Der Landtag wählt ohne Aussprache einstimmig zu a) den Abg. Rißke (Soz.), zu b) den Abg. Graupe (Soz.), zu dessen Stellvertreter den Abg. Wirth (Soz.).

Punkt 2 der Tagesordnung: Wahl von 3 Mitgliedern des Landtags in einen auf Grund des mit Vorlage Nr. 94 der Volkammer überreichten Berichts über die Übernahme der Remontegüter durch das Wirtschaftsministerium einzusetzenden Ausschuss.

Hierzu liegt ein Antrag Graupe (Soz.) u. Gen. vor:

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Ausschuss, der auf Grund des mit Vorlage Nr. 94 der Volkammer überreichten Berichts über die Übernahme der Remontegüter durch das Wirtschaftsministerium eingesetzt werden soll, haben vier Mitglieder des Landtags anzugehören.

Der Antrag wird ohne Aussprache einstimmig angenommen. Gewählt werden einstimmig die Abgg. Pagenstecher (Dtschnat.), Schombor (Soz.), Donath (Dtsch. Sp.) und Wedel (Unabh.).

Punkt 3: Zweite Beratung über Kap. 9 (Steinkohlenwert Zauderode) des Rechnungsbereichs auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919, der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922 und über eine hierzu vorliegende Eingabe sowie über Tit. 9 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1921 und Tit. 3 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans für 1922 (Kapitalbedarf des Stein-Kohlenwerks Zauderode). — Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses B, Drucksache Nr. 589.)

Berichterstatter Abg. Langhork (Soz.):

Beim Kap. 9 weist der Rechnungsbereich, wie bei anderen Staatkapiteln auch, nicht unerhebliche Überschreitungen gegenüber der Veranschlagung auf. Der Ausschuss hat nach Prüfung keine Veranlassung gefunden, die Überschreitungen zu beanstanden. Die Einstellungen in die Haushaltspläne 1921/22 sehen einen vermutlichen Reingewinn von 2 650 000 M. vor. Diese Summe wird ohne weiteres wie auch bei den anderen Staatkapiteln aus den bereits früher erwähnten und gebilligten Gründen einfach auf das Jahr 1922 übertragen. Der Ausschuss stellt den Antrag, diese Einstellungen nach den Vorlagen zu genehmigen.

Der Betriebsrat des Werkes hat an das Finanzministerium wie auch an den Landtag eine Eingabe gerichtet, worin ersucht wird, Maßnahmen zu treffen, die es dem Direktor des Werkes ermöglichen, regelmäßig die Grube zu besahren. In dieser Beziehung ist im Vergleich zu den Tätigkeiten der Direktoren anderer Bergwerke sehr vieles verkannt worden. Die Regierung hat die Erklärung abgegeben, durch Einstellung der notwendigen Bauraufträge den Direktoren von ihren bisherigen Schreibarbeiten so zu entlasten, daß sie in Zukunft in erforderlichem Umfang die Grube besahren kann. Mit diesem Ergebnis hat sich der Ausschuss einverstanden befunden, und er beantragt deshalb, die Eingabe des Betriebsrates für erledigt zu erklären.

Zum Schlusse möchte ich noch bemerken, daß der Ausschuss sowohl bezüglich dieses Werkes wie auch bezüglich anderer Werke, mit deren Etat er sich zu beschäftigen hatte, Wert darauf gelegt hat, daß nicht nur ein stufenmäßig günstiges Ergebnis der Betriebe erzielt wird, sondern daß auch das Verhältnis zwischen Belegschaft und Betriebsleitung ein solches ist, daß man sagen kann, daß auch in dieser Beziehung der Staatsbetrieb ein Musterbetrieb ist. Der Ausschuss hat aus verschiedenen Vorfällen den Eindruck gewonnen, daß in bezug auf harmonisches Zusammenarbeiten zwischen der Belegschaftsvertretung, dem Betriebsrat, und der Betriebsleitung bei dem Stein-Kohlenwerk Zauderode noch sehr vieles zu wünschen übrig bleibt. Der Ausschuss erwartet, daß in Zukunft die Ermahnungen, die in dieser Beziehung auf dem Werke bereits zum Ausdruck gebracht worden sind, unter allen Umständen beachtet werden. Der Ausschuss beantragt:

1. bei Kap. 9 (Steinkohlenwert Zauderode)
 - a) zum Rechnungsbereich die nachgewiesenen Überschreitungen zu genehmigen und die außerplanmäßigen Ausgaben zu bewilligen;
 - b) zu den Staatshaushaltsplänen die Einstellungen nach den Vorlagen zu genehmigen;
 - c) die Eingabe des Betriebsrates beim Stein-Kohlenwerk Zauderode für erledigt zu erklären;
2. bei Tit. 9 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1921 und Tit. 3 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1922 (Kapitalbedarf des Stein-Kohlenwerks Zauderode) die Einstellungen nach den Vorlagen zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig ohne Aussprache genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: Zweite Beratung über Kap. 86 (Allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereich des Finanzministeriums) des ordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1921. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses B, Drucksache Nr. 595.)

Berichterstatter Abg. Sachse (Unabh.):

Der Haushaltsausschuss B beantragt:

Bei Kap. 86 (Allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereich des Finanzministeriums) des ordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1921 die Einstellung nach der Vorlage zu genehmigen.

Die allgemeinen und unvorhergesehenen Ausgaben, die in den letzten 20 Jahren gemacht worden sind, sind folgende gewesen: Kosten bei der technischen Verteidigung staatlicher Gerichte, Kosten für Sonderabläufe der Verordnungsgebung, von einzelnen Stellen des Geleis- und Verordnungsblattes, Vergütungen für Erhaltung von Gutachten in finanzwirtschaftlichen Angelegenheiten, Kosten für vom Reichversicherungsamt herausgegebene Schriften über die deutsche Arbeiterversicherung, Tageselder und Reisekosten bei der Renaufnahme der Rostitzer Domänen-grundstücke, Kosten der Ermittlung des Mietwertes der in Dresden gelegenen Dienstwohnungen. Daraus geht hervor, daß in diesem Kapitel die Ausgaben sehr unregelmäßig erfolgen.

Der Antrag des Ausschusses wird einstimmig angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung: Zweite Beratung über Kap. 87 (Gebäude- und Maschinenversicherung) der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses B, Drucksache Nr. 596.)

Berichterstatter Abg. Sachse (Unabh.):

beauftragt im Namen des Ausschusses:

bei Kap. 87 (Gebäude- und Maschinenversicherung) der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922 die Einstellungen nach den Vorlagen zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 6 der Tagesordnung: Zweite Beratung über Kap. 89 (Evangelisch-lutherisches Landeskonfitorium) und Kap. 90 (Katholisch-geistliche Behörden) des Rechnungsbereichs auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sowie der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 590.)

Berichterstatter Abg. Schreiber (Dtschnat):

Bei Kap. 89, Evangelisch-lutherisches Landeskonfitorium, hat der Bericht des Berichterstatters, die eingehenden Beiträge zu bewilligen und die Einnahmen zu genehmigen, sowie die Überschreitungen im Rechnungsbereich für 1918 und 1919 gutzuheißen, einstimmige Annahme gefunden. Ich darf die Erwartung aussprechen, daß dies auch hier vom Plenum des Landtags geschieht.

Zu Kap. 90, Katholisch-geistliche Behörden, war dem Finanzausschuss A ein Schreiben des Hrn. Ministerpräsidenten zugegangen, in dem Mitteilung über 2 Rechtsgutachten gemacht wird, die über die Frage eingeholt worden sind, ob der Staat an und für sich verpflichtet sei, den katholisch-geistlichen Behörden auch nach der Reorganisation der katholischen Kirche die bisher gewährten Beiträge zu bewilligen. Der Finanzausschuss hat sich der zweiten Rechtsauffassung angeschlossen und steht gegen 3 Stimmen auf dem Standpunkt, daß der Freistaat Sachsen verpflichtet ist, auch den katholisch-geistlichen Behörden bis zur rechtsgültigen Auseinandersetzung die bisher gewährten Staatsmittel zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss beantragt:

1. bei Kap. 89 (Evangelisch-lutherisches Landeskonfitorium)
 - a) zum Rechnungsbereich die nachgewiesenen Überschreitungen zu genehmigen;
 - b) zu den Staatshaushaltsplänen die Einstellungen nach den Vorlagen zu genehmigen;
2. bei Kap. 90 (Katholisch-geistliche Behörden)
 - a) zum Rechnungsbereich die nachgewiesenen Überschreitungen zu genehmigen;
 - b) zu den Staatshaushaltsplänen die Einstellungen nach den Vorlagen zu genehmigen.

Der Antrag wird gegen 14 Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen.

Punkt 7 der Tagesordnung: Zweite Beratung über Kap. 97 (Katholische Kirchen und wohltätige Anstalten) des Rechnungsbereichs auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sowie der ordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1921. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 591.)

Berichterstatter Abg. Voigt (Dtsch. Sp.) beantragt im Namen des Ausschusses:

bei Kap. 97 (Katholische Kirchen und wohltätige Anstalten)

- a) zum Rechnungsbereich die nachgewiesenen Überschreitungen zu genehmigen und die außerplanmäßigen Ausgaben zu bewilligen;
- b) zum Staatshaushaltspläne die Einstellungen nach der Vorlage zu genehmigen.

Punkt 8 der Tagesordnung: Zweite Beratung über Kap. 98 (Sonstige Kultuszwecke sowie stiftungsmäßige und privatrechtliche Leistungen der Staatskasse für Kirchen- und Schulpflicht) des ordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1921. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 592.)

Berichterstatter Abg. Voigt (Dtsch. Sp.) beantragt im Namen des Ausschusses:

bei Kap. 98 (Sonstige Kultuszwecke sowie stiftungsmäßige und privatrechtliche Leistungen der Staatskasse für Kirchen- und Schulpflicht) des Staatshaushaltsplans die Einstellungen nach der Vorlage zu genehmigen.

Die Anträge zu den Punkten 7 und 8 der Tagesordnung werden gegen 15 Stimmen der Kommunisten und der Unabhängigen angenommen.

Punkt 9: Anfrage des Abg. Friedrich u. Gen., ein Umlageverfahren für Kartoffeln aus der Ernte 1922 betreffend. (Drucksache Nr. 576.)

Zur Begründung der Anfrage erhält das Wort

Abg. Friedrich (Dtschnat.):

Die Anfrage Nr. 576 lautet: Der Hr. Minister Jellisch hat am 16. Februar bei Beantwortung der Anfrage Jellisch in Aussicht gestellt, daß die sächsische Regierung sich bei der Reichsregierung energisch für ein Umlageverfahren für Kartoffeln aus der Ernte 1922 einlegen werde. Die Aussicht auf teilweise Rückkehr zur Zwangsverpflichtung ist geeignet, in Erzeugerkreisen große Beunruhigung zu erzeugen. Ein Umlageverfahren ist auch mit einer Preisfestsetzung verbunden. Ist die Regierung in der Lage, schon jetzt die Umlagepreise zu nennen? Dieser Preis wird bestimmt dafür sein, ob die Landwirte gute und teure Saatware kaufen und künftigen Dürren anwenden können.

Der Zweck der Anfrage ist folgender. Bei Wiedereinführung der Zwangsverpflichtung sind gewisse Preise unumgänglich notwendig. Bei einer Entlassung ist es ausgeschlossen, daß man die Ware abnehmen kann, ohne einen Preis dafür festzusetzen. Wenn ich heute die Bitte an die Regierung richte, den Preis jetzt schon zu bestimmen, so liegt das nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern vor allen Dingen im Interesse der

Verbraucher, beziehentlich der gesamten Ernährung. Wenn aus banger Sorge heraus die Landwirtschaft nicht geneigt ist, die teureren Saatkartoffeln für dieses Frühjahr zu kaufen, so besteht die Gefahr, daß die Anbaufläche für Kartoffeln ganz wesentlich zurückgeht. (Sehr richtig!) Die Preise für Saatkartoffeln sind heute so, daß ein Zentner nicht unter 180—200 M. zu erhalten ist, da die Landwirtschaft heute aber noch nicht weiß, was für die erzeugten Kartoffeln bezahlt werden wird, ist es ausgeschlossen, daß Kartoffeln in ausreichendem Maße angebaut werden. Aus diesem Grunde richte ich die Bitte an den Hrn. Wirtschaftsminister, die Höhe des Preises anzugeben, der bei dem Umlageverfahren in Aussicht genommen ist, ich bitte aber um eine bestimmte Angabe und darum, daß man sich nicht darum herumdrückt, so daß die Sache schließlich ungewiß bleibt.

Im übrigen zu der Angelegenheit selbst! Sachsen ist ein Aufschußland auf dem Gebiete und wird es dauernd bleiben. Wenn man es so meisterhaft versteht, von hier aus für Sachsen immer solche Einrichtungen zu treffen, daß die ganze Ware, anstatt sie heranzubringen, abgehalten wird, so ist das im Interesse der Verbraucher allerdings keine angenehme Einrichtung. Es ist an dieser Stelle sowohl vom Hrn. Ministerpräsidenten wie auch vom Hrn. Wirtschaftsminister bekanntgegeben worden, daß die sächsische Landwirtschaft voll und ganz ihre Pflicht bezüglich ihrer Abgabe getan habe. Auch der Hr. Kreisbauhauptmann Lange im Leipziger Bezirk hat in seinem Jahresberichte daselbst hervorgehoben. Da versteht man es nicht, daß man wieder auf die Zwangsverpflichtung zurückkommen will. So viel müßte man doch gelernt haben, daß die Zwangsverpflichtung nicht dazu angetan ist, die Produktion zu fördern, sondern nur dazu, sie zu hemmen. (Sehr wahr! recht.) Aber das alte Wort der weisen Erfahrung sind wir lange hinweg, denn es läßt sich nur etwas erlassen, wenn etwas erlaubt wird. Wenn auch während des Krieges eine Berechtigung vorhanden war, die Nahrungsmittel zu beschlagnahmen, so ist es allen Zeiten hinreichend bekannt, daß die Zwangsverpflichtung ein Krebsgeschwür für die ganze Ernährung ist. Die freie Wirtschaft wird auf allen Gebieten verlangt und sie allein ist in der Lage, einen Ausgleich auf dem Gebiete der Ernährung zu schaffen. Wenn sie in Berlin noch ein paar Klubsessel übrig haben, die für die Direktoren mit hohen Gehältern bestimmt sind, so kann das allerdings nicht dazu führen, die Zwangsverpflichtung erträglich zu machen. Ich verheie es, wenn man sich über die jetzigen Preise erregt. Heute kostet ein Zentner Kartoffeln 200 bis 300 M. (Abg. Dr. Dehne: Standbald!) Das sage ich auch. Es ist ein Wunder im tollsten Maße, und ich möchte die Regierung bitten, nachzuforschen, aus welchem Grunde man den Kartoffelpreis bis zu 300 M. hinaufgetrieben hat. Wenn nicht nachgewiesen werden kann, zu welchem Preise der Einkauf Kartoffeln hat, ist eine strenge Bestrafung am Platze, im gegebenen Falle auch für den betreffenden Erzeuger selbst, wenn er sich erdreistet hat, einen derartigen Preis zu nehmen. (Abg. Dr. Dehne: Sehr gut!) Ich bin aber der festen Überzeugung, daß kein Händler den Nachweis erbringen kann, daß er einen derartigen Preis beim Erzeuger hat bezahlen müssen. Die sächsische Landwirtschaft hat ihre gesamten Kartoffeln, ich behaupte wenigstens bis zu 80, 90 Proz., bereits im Herbst zu 45 bis 50 M. verkauft. (Abg. Dr. Dehne: Na, na!) Sie war dazu gezwungen, weil Kartoffeln in Sachsen nicht vorhanden waren. Es hat sich im Herbst auch alles eingebeut, es war alles verrotzt. Wenn während des Trostes und des Eisenbahnpreises für eine kurze Zeit die Kartoffeln knapp waren, so berechtigt das nicht zu den hohen Preisen und auch nicht dazu, wiederum das Umlageverfahren auf dem Gebiete der Kartoffeln für die nächste Ernte einzuführen. Das teure Saatgut, das wir in Sachsen anwenden müssen, läßt erwarten, daß auch auf dem Gebiete der freien Handlung eintritt. Sachsen ist mit seiner Getreideabgabe im Deutschen Reich am aller-schlechtesten behandelt worden und hier scheint man den Anfang bezüglich der Kartoffelumlage zu machen. Solange wir unter dem Zwange stehen, ist es ausgeschlossen, daß in landwirtschaftlichen Kreisen wieder eine Arbeitslosigkeit Platz greift. (Hört, hört!) Man ist jetzt allseits bemüht, die Disaffektion der Landwirtschaft im weitesten Maße auszubauen. Tausende und aber Tausende in den Landwirtschaftsversammlungen erklären sich bereit dazu, aber nur in der Hoffnung, daß die freie Wirtschaft auf allen Gebieten eintritt. Besonders angenehm berührt eine Nachricht, die vorgelesen im Landeskulturrat zur Sprache kam, welche unglücklichen Folgen es haben kann, daß die Reichsregierung eine Sperre über ganz Sachsen bezüglich der Beförderung von künstlichen Düngemitteln verhängt hat. Wenn Düngemittel nicht zur Verfügung gestellt werden, werden die Ernten zurückgehen und letzten Endes heißt es dann wieder: Die Landwirtschaft ist daran schuld. Hier möchte die Regierung einmal eintreten und ganz energisch Front gegen diese Bestimmungen machen. Was im übrigen die Landwirtschaft an Opfern für die Verbilligung der Lebensmittel gebracht hat, wird jedem klar sein, wenn er hört, daß die Landwirte das Getreide für 105—115 M. den Zentner bei dem jetzigen Marktpreise verkaufen müssen, daß sie die Acker aber für 150 M. zurückkaufen müssen. Wenn von anderen Berufsständen dieselben Opfer gebracht würden, z. B. bei den Erzeugnissen der Industrie, so könnte auch auf diesem Gebiete manches Glend gelindert werden. Man könnte verlangen, daß Kleidung, Schuhe und ähnliche Industriegerätschaften zu

wesentlich billigeren Preisen abgegeben werden, genau so, wie es bei der Landwirtschaft der Fall ist.

Ich möchte dann auf einen Artikel zukommen, der von dem Abg. Claus (Dem.) am 21. Febr. in den "Leipziger Neuesten Nachrichten" veröffentlicht wurde. Wenn Dr. Abg. Claus glaubt, mit 1 Zentner Kastrutter 2¹/₂, Zentner Schweinefleisch erzeugen zu können, so will ich ihm Glück dazu wünschen. Ich bin überzeugt, daß er nicht den Willen hatte, wesentlich eine Unwahrheit in diesem Artikel niederzulegen, aber es wäre doch zweckmäßiger gewesen, vorher einen landwirtschaftlichen Sachverständigen zu Rate zu ziehen. Nur Erzeugung eines Zentners Schweinefleisch braucht man mindestens 5 Zentner Kastrutter, und nicht 1 Zentner für 2¹/₂ Zentner Schweinefleisch! So steht die Rechnung aus. Die Preise hat diesen Artikel mit großer Freude aufgegriffen. Eine Gegenüberstellung aufzunehmen, die Aufklärung schaffen sollte, haben die "Neuesten Nachrichten" nicht für notwendig gehalten. Wenn man so einseitig vorgeht, so muß Ungenauigkeit in den Verbrauchereckeln eintreten. Ich nehme an, daß Dr. Kollege Claus Gelegenheit nehmen wird, auf seinen Artikel zurückzukommen, und den Herrn Wirtschaftsminister möchte ich bitten, heute Miß und Klar zum Ausdruck zu bringen, welcher Preis beim Umlageverfahren eintreten soll, damit die Not nicht noch größer wird und im Herbst wesentlich weniger Kartoffeln auf den Markt gelangen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie kämpfen suchen wird. (Oh! und lebhaftes Lachen.)

Wirtschaftsminister Preuß:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß es mit aller Entschiedenheit zurückweisen, wenn die Kritik über meine Äußerung, daß die sächsische Regierung beim Reiche auf ein Umlageverfahren für Kartoffeln für die nächste Ernte hinwirken will, so weit geht, daß man dieses angefangene Vorhaben als einen Kaufschlag ins Gesicht der sächsischen Landwirtschaft betrachtet. Ich möchte mich verabsagen, wenn man unter dieses Vorganges in dieser Sprache mit der Regierung zu reden beliebt, doch darauf hinzuweisen, daß es mit einem viel größeren Rechte die Kartoffelverbraucher des Deutschen Reiches als einen Kaufschlag ins Gesicht betrachten können, daß man ihnen so unerschöpfliche Preise für Kartoffeln abfordert, wie das in den letzten Monaten und Wochen geschehen ist. (Lebhaftes Zustimmung.) Es würde unverantwortlich von einer Staatsregierung, die die übergeordneten Belange der Allgemeinheit wahrzunehmen hat, wenn sie trotz der unersättlichen Erbärmlichkeit, die sich in den letzten Wochen auf dem Kartoffelmarkt herausgebildet haben, untätig der Regulierung der nächsten Kartoffelernte gegenübersehen würde.

Ich nehme die Anfrage gar nicht übel, und Sie dürfen überzeugt sein, ich werde der Anfrage mit größter Aufmerksamkeit gegenüberstehen und sie auch mit derselben Sorgfältigkeit beantworten. Ich muß aber doch die Sprache zurückweisen, die in der Begründung geführt worden ist. Ich habe Ihnen daher im Namen der Regierung folgendes zu sagen.

Es liegt der sächsischen Regierung fern, etwa auf die Wiedereinführung der Zwangsverwaltung in der Kartoffelverorgung hinzuwirken. Die sächsische Staatsregierung ist überzeugt, daß man in einer Zeit, in der die wichtigsten Nahrungsmittel der Zwangsverwaltung abgebaut worden sind, für ein bestimmtes Erzeugnis nicht mehr generell aufzubehalten kann. Auf der anderen Seite muß aber unbedingt dafür Sorge zu nehmen, daß wir in der kritischen Zeit, die wir erfahrungsgemäß alljährlich im Herbst und bis in die Wintermonate hinein durchzumachen haben, in einer Zeit der vollständigen Kartoffelknappung nicht wieder in die Not geraten dürfen, wie es in diesem Jahre der Fall gewesen ist. Ich bitte, vor allem zu berücksichtigen, daß die sächsische Regierung darauf ausgeht, ihren Einfluß beim Reiche geltend zu machen, und daß die Beurteilung in dem Augenblicke irrig und falsch wird, wo man nur die sächsischen Verhältnisse allein berücksichtigt. Ich gebe ohne weiteres zu, daß wir in Sachen, sowohl die Regierung wie auch der ehrliche und gute Teil der sächsischen Landwirtschaft, der glänzendste Beispiel liefert, mehr auf diesem Gebiete getan haben, als in vielen anderen deutschen Bundesstaaten geschehen ist. Wir haben aber eingesehen, daß sowohl die Maßnahmen der Regierung wie der Landwirtschaft wie auch unsere gemeinsame Arbeit uns nicht über die Kartoffelnot in Sachen hinwegbringen können, und daß wir deshalb das Reich zwingen müssen, durch generelle Maßnahmen dem sächsischen Beispiele zu folgen. Die sächsische Regierung kommt überhaupt zu ihrem Bestehen auf Einführung eines Umlageverfahrens nicht in erster Linie wegen der Preisfrage, sondern wegen der Versorgungsfrage. Es ist eine Erfahrungssache, daß wenn die Versorgung richtig funktioniert, der Preis sich selbst normal reguliert, daß aber in dem Augenblicke, wo die Versorgung aus irgendwelchen Umständen leidet, die sich technisch herausgebildet haben, einfach dem Käufer, besonders dem Käufer mit Kartoffeln, nieder fällt und nur geöffnet wird. Der diesmahlige Zustand darf unter keinen Umständen wiederkehren.

Wir haben in Sachen, wie Sie wissen, seinetwegen in Übereinstimmung mit der Landwirtschaft einen Normalpreis festgesetzt. Dieser Normalpreis ist von einem großen Teile der sächsischen Landwirtschaft erfahrungsgemäß innegehalten worden. Ich wiederhole, was ich schon mehr als einmal gesagt habe, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der sächsischen Kartoffeln in diesem Preise auch eingebaut worden ist. Aber, m. D., die Sie (in den Deutschlandischen) gerade die Interessen der Landwirtschaft vertreten wollen. Was ist in der Praxis dabei herausgekommen? Der Teil der sächsischen Landwirtschaft, der so damals für 45 bis 50 R. den Zentner Kartoffeln gab, ist doch praktisch in ungeheuren Maßstäben gekommen gegenüber den übrigen Kollegen im Reiche, auf die wir der Menge noch weit mehr angewiesen sind und die sich heute nicht selten, 150 R. und mehr für den Zentner zu nehmen! (Lachen rechts: Auch Ihre Zwangsmaßnahmen?)

Ich weise es mit aller Entschiedenheit zurück, daß die Zwangsmaßnahmen in Sachen eingeführt hätten. Der Preis von 45 bis 50 R. beruht auf freiwilliger Vereinbarung, und die Herren Vertreter der Preisnotierungskommission, die für den Landesfiskus mitgearbeitet haben, haben mir sogar später erklärt, sie hätten gegen diesen Preis gar nichts einzuwenden, sie hätten ihn für richtig. Ich erinnere daran: als ich einige Wochen später diesen freiwillig vereinbarten Normalpreis nur vorübergehend zum Höchstpreis machte, und ihn, als die Zeit gekommen war, aufhob, ist in diesem Hause von der äußersten Rechten gesagt worden: Wir haben an der Aufhebung des Höchstpreises gar kein Interesse. (Sehr richtig!) Wie kann man mir also heute zurechen, meine Zwangsmaßnahmen seien schuld gewesen, daß einem Teil der sächsischen Landwirtschaft wirtschaftlich unrettbar geschaden wäre! Das sind Widersprüche. Ich bitte, daß man die Zwangsmaßnahmen nicht, bis beim Reiche festgestellt wird, daß die Ländergebiete berechtigt sein sollten, Höchstpreise einzuführen. Der Höchstpreis in Sachen hat in den wenigen Wochen, die wir er bekand, keine Wirkung ausgeübt, und als wir glaubten, die Kartoffeln in Sachen erfasst zu haben, die wir im Herbst zu bekommen Aussicht hatten, habe ich den Höchstpreis sofort wieder aufgehoben.

Wie sieht es aber in der Öffentlichkeit mit den Maßnahmen der Regierung? Als ich den Höchstpreis einführte, da schrieb die ganze Öffentlichkeit weit mehr als die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft — ich betone das — wandte sich fast gar nicht gegen den Höchstpreis und sagte, er kann ruhig bleiben. Aber besonders die großen Städte sagten: Nun sorgt der sächsische Wirtschaftsminister durch seine irdige Regelung des Höchstpreises dafür, daß keine Kartoffeln mehr nach Sachsen kommen. Der Höchstpreis fiel dann. Was habe ich jetzt erlebt? Als wir in Berlin einen ungeheuren Kartoffelwucher hatten, einen Wucher, der dazu führte, daß im Rheinhandel das Pfund mit 7,50 R. bezahlt werden mußte. (Oh! Oh!) Da trat die einschlägige Behörde für Berlin die Maßnahmen: Kartoffeln dürfen nicht zu einem höheren Preise als 1,50 R. pro Pfund verkauft werden. Da schrieb dieselbe Presse in Sachen, die erklärt hatte, der Höchstpreis sei ein großer Unfug, an jenem Tage: Wo bleibt der sächsische Wirtschaftsminister? Wann wird er einen Höchstpreis bringen? Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man darf sich von dieser Seite unter keinen Umständen als Minister beraten lassen. Es wäre geradezu ein Frevel an der sächsischen Bevölkerung gewesen, die nach Kartoffeln hungerte, wenn ich, nachdem der Karren so weit verfahren war, mich zu einem Höchstpreis verweigern hätte. Ich gebe die Hoffnung auf, das sage ich offen und ehrlich, daß wir in diesem Jahre in der Kartoffelfrage noch etwas gut machen können. Und weil ich das weiß und weil wir das Glück nicht wieder erleben wollen, möchte ich anreden, daß eine Regelung über das ganze Reich erfolgt, die keine Zwangsverwaltung darstellt, sondern eine Umlage, die einen Sicherheitsfonds für die ersten Versorgungsmonate im Herbst und unter allen Umständen beschafft.

Aber die Frage, welcher Preis angemessen ist, werden die Meinungen immer sehr verschieden sein, je nach den verschiedenen Interessengruppen. Es ist mir sehr mitgeteilt worden, daß das Chemnitzer Gewerkschaftsmitglied in diesem Jahre für eine ganze Anzahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter Kartoffeln selbst angebaut hat, die Arbeit mußte noch von Frauen besorgt werden. Der Verkaufspreis ist beim Chemnitzer Gewerkschaftsmitglied auf 21 R. pro Zentner gekommen. Es wird mir heute mitgeteilt, daß das Kistergut 3. Klasse bei Hofen Mitte Januar d. J. den Zentner mit 65 R. verkauft hat. Wenn wir diesen Preis vergleichen mit den Preisen, die in Preußen mit weit über 100 R. pro Zentner beim Erzeuger geordert worden sind, so sehen wir, daß die Meinung über das, was ein angemessener Preis für die Kartoffeln ist, außerordentlich weit auseinandergehen. Ich bin der Meinung, der sächsischen Landwirtschaft müßte es nur lieb sein, wenn wir verluken, auf der Basis des Reiches Ordnung in die Kartoffelverorgung zu bringen. (Sehr richtig! links.) Wie sehr wir in Sachen von der Regelung im ganzen Reiche abhängig sind, ergeben die glatten Zahlen, die die Regierung dem Landtage heute einmal vortragen möchte. Es ist Bezug genommen worden auf einen Artikel, den der Dr. Abg. Claus vor einiger Zeit in den "Leipziger Neuesten Nachrichten" über die Kartoffelfrage geschrieben hat. Ich will mich zu der subjektiven Stellungnahme des Dr. Abg. Claus heute nicht äußern. Nur einige Zahlen, die in dem Artikel enthalten sind, möchte ich auf Grund amtlicher Feststellungen, die im Wirtschaftsministerium nach Erscheinen des Artikels erneut vorgenommen worden sind, richtigstellen. Daraus ergibt sich folgendes:

In Sachen sind nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes im Jahre 1921 rund 100 000 Hektar, nicht 125 000, mit Herbstkartoffeln bebaut worden. Auf den Hektar kann man durchschnittlich einen Ernteertrag von 220 Zentner rechnen. Eine höhere Erzeugung ist im Hinblick darauf, daß ein erheblicher Teil der Anbaufläche auf das ein Drittel des Landes umfassende Gebirge und ein Teil der übrigen Fläche auf die langigen Hügel an der preussischen Grenze entfällt und der Ernteertrag dort unsicher ist, nicht möglich. Es ergibt sich hiernach ein durchschnittlicher Ertrag von 100 000 mal 220 = 22 000 000 Zentnern. Hiervon sind abzugreifen: 20 Proz. = 4,4 Mill. für Schwund einschließlich Futter- und Füllkartoffeln, 4 Mill. für Saatgut (40 Zentner für den Hektar, gering gerechnet) und 10 Mill. für die Selbstverbräucher und Deputatberechtigten, deren Zahl 500 000 übersteigt. Wir haben dabei mindestens 20 Zentner auf den Kopf zu rechnen. Sou dem Durchschnittsernteertrag von 22 Mill. Zentner bleiben daher nach Abzug dieser 18,4 Mill., die ich nannte, nur noch reichlich 3¹/₂ Mill. Zentner für die rund 4 Mill. Bevölkerungsüberschüssigen übrig. Dagegen brauchen wir 12 Mill., wenn wir nur 3 Zentner auf den Kopf der Bevölkerung rechnen.

Ich habe diese Zahlen mitgeteilt, weil Preisregel in diesem Hause angepackt worden ist, daß Sachsen nur ein Drittel der Kartoffelerzeugung erzeugt, die wir für den persönlichen Verbrauch brauchen. Die neuerlichen gründlichen Nachprüfungen haben ergeben, daß meine damals schätzungsweise ausgesprochene Vermutung den Tatsachen entspricht. Wenn Sie sich überlegen, daß wir bei größter Anstrengung der Landwirtschaft nur ein Drittel der Kartoffelmenge erzeugen, die wir für den persönlichen Verbrauch benötigen, dann werden Sie begreifen, daß irgendwelche sächsische Maßnahmen unter keinen Umständen dazu beitragen, einen normalen Zustand auf dem Gebiete der Kartoffelverorgung und der Preisbildung herbeizuführen. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde möchte eigentlich aus rein sächsischen Erwägungen die sächsische Landwirtschaft den Weg, den die Regierung beschreiten will, untergehen, und uns in diesem Gebiete unterstützen, denn ich bin der Meinung, die sächsische Landwirtschaft leidet am meisten unter den Angriffen, die auf dem Gebiete der Kartoffelverorgung im übrigen Deutschland sein mögen, denn alle die Schäden, die die Agarden in den übrigen Bundesstaaten weit mehr begeben, als sie selbst von dem ableisten Teile der sächsischen Landwirtschaft begangen sein mögen, kommen im verkehrten Maße nach dem trüben Anteil der Öffentlichkeit auf das Konto der sächsischen Landwirtschaft, weil hier die Not am größten ist. Ich kann deshalb nicht einsehen, warum das erstrebte Umlageverfahren, das doch nur einen Sicherungsmaßstab der Kartoffelernte erlassen soll von den sächsischen Landwirtschaft so beäunigt wird.

Nun komme ich auf den Hauptpunkt der Frage, das ist der Preis. Ich würde mich eigentlich darüber, das sächsische Landwirtschaftsministerium verlangen, daß er jetzt schon Auskunft über den Kartoffelpreis des nächsten Jahres geben soll. (Sehr richtig! links.) Das wäre ein sehr gewichtiges Experiment. Sie selber haben von jeder den ganz richtigen Standpunkt vertreten, den jeder vernünftige Mensch anerkennen muß, daß in erster Linie der Preis vom Ernteertrag abhängen muß, und da wir selbstverständlich heute noch nicht wissen, mit welcher Kartoffelernte wir es im nächsten Jahre zu tun haben werden, so ist es auch ganz ausgeschlossen, daß wir Ihnen heute schon irgendeine bestimmte Mitteilung über die Preise machen können. Ich darf Ihnen aber eins versichern — und vielleicht wird das wesentlich zur Behebung der sächsischen Landwirtschaft beitragen —, daß die Regierung in erster Linie die ordnungsmäßige Versorgung der Bevölkerung bei ihrem Vorgehen im Auge hat, und ich erkläre weiter, daß wir bei etwaigen späteren Beratungen über die Kartoffelpreise dafür eintreten werden, daß nach Maßgabe des Ernteertrages der Landwirtschaft ein Preis zugestimmt wird und zugestimmt werden muß, der ihre Herstellungskosten zuzüglich eines angemessenen Gewinns unter allen Umständen deckt.

Das ist der Standpunkt der sächsischen Regierung, und ich bitte die Mitglieder dieses Hauses, in diesem Sinne bei der sächsischen Landwirtschaft aufzufordern zu wirken. Es besteht deshalb nach meinem Dafürhalten durchaus keine Ursache, daß die sächsische Landwirtschaft etwa bei der Bemessung der Anbaufläche für Kartoffeln für das nächste Jahr mit einer allzu großen Anglichkeit oder Sorge erfüllt zu sein braucht. Ich habe die Überzeugung, daß es uns beim Reiche gelingen wird, eine Umlage einzuführen und einen Preis festzusetzen, der der sächsischen Landwirtschaft einen größeren Gewinn einbringen wird, als der frühere Teil der sächsischen Landwirtschaft in diesem Jahre bei dem Vereinbarungspreise erreicht hat. Ich möchte deshalb den Landtag bitten, daß er sich einmündig auf den Standpunkt der Regierung stellt. Ich will mitteilen, daß einige mitteldeutsche Staaten, Braunschweig, Anhalt und Thüringen, sich in gleicher Weise bei der Reichsregierung eingelegt haben. Wie sich die anderen Länder dazu stellen werden, das wissen wir noch nicht. Ich glaube, daß es uns in gemeinjamer Arbeit gelingen wird, die Kartoffelverorgung und die Preisbildung nicht nur zugunsten der Konsumenten, sondern auch zugunsten der sächsischen Landwirtschaft weit besser zu regeln als dem Wege, den jetzt die Regierung gehen will, als es uns im vergangenen Jahre möglich war. (Bravo! links.)

Auf Antrag des Abg. Schreiber (Disjunkt.)

wird in die Besprechung der Anfrage eingetreten.

Abg. Claus (Dem.):

Sie finden es wohl selbstverständlich, daß ich mich nach den Angriffen, die gegen mich gerichtet worden sind, auch verteidige. Ich habe im großen und ganzen von meinem Artikel nichts zurückzunehmen, auch nach den Witterungen des Herrn Ministers nicht. Wenn der Herr Minister gesagt hat, daß die Anbaufläche in Sachen jetzt 125 000, sondern nur 100 000 ha betrage, so beruht auch seine Mitteilung lediglich auf einer Schätzung. (Sehr richtig! bei den Dem.) In der Vorkriegszeit hatten wir eine Anbaufläche von 125 000 ha, und da es einen Landshönd nicht gibt, ist es doch unbedingt so, daß die Anbaufläche sich nicht verringert hat. Dann hat der Herr Minister den Kartoffelvertrag pro Hektar mit 220 Zentner geschätzt. Wer selbst Kartoffeln erndet, weiß, daß ein Ertrag von 220 Zentner pro Hektar geradezu ein dürftiger ist. (Sehr richtig! links.)

Das Schwein, das uns der Herr Kollege Friedrich vorgeschrieben hat (Große Heiterkeit) mit den 10 Zentner Kastrutter, das leidet an Überernährung. Wenn ein Schwein darsattig in unsere Lebensmittelverorgung hineingeworfen wird, daß es keine Futtermittel braucht, dann hat es seine Erdenüberdosis ganz entschieden verloren. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Dann wird es höchste Zeit, daß diese Art der Schweinezucht abgebrochen wird. (Lebhaftes sehr richtig! links und bei den Dem.) Ich will diese persönlichen Sachen abbrechen, ich weiß, daß man sich auf der rechten Seite über den Artikel geäußert hat, ich habe aber auch sehr viele zusammenfassende Äußerungen gehört.

Ich halte es für selbstverständlich, daß eine Regierung in erster Linie für die Sicherstellung der Volksernährung verantwortlich gemacht wird. Das ist auch wahr von der rechten Seite betont worden. Eine ausreichende Versorgung mit Speisefarstoffen ist jedenfalls die größte Pflicht, die man den mündelbewerben Schichten des Volkes erweisen kann. Die Kartoffel ist nun einmal das Brot des armen Mannes und ist als Nahrungsmittel einfach nicht zu entbehren.

Der Antrag Friedrich bezweckt nun, der Landwirtschaft vollständig freie Hand zu lassen. Es fällt keinem Menschen ein, und der Herr Wirtschaftsminister hat es auch bekräftigt, daß man gar nicht daran denkt, in die Produktion der Landwirtschaft einzugreifen, vielleicht zu verlangen, daß die Anbaufläche vermehrt wird. Ich würde das auch für eine ganz überflüssige Maßnahme halten, denn wir leiden doch nicht etwa an mangelnder Kartoffelproduktion in erster Linie, sondern wir leiden vor allem daran, daß die Kartoffelverwertung eine ganz falsche ist und in andere Bahnen gelenkt werden muß. (Sehr richtig! links und bei den Dem.) Wir haben durch den Krieg an unseren Grenzen Zufuhrgebiete und Absatzgebiete verloren, und ich gebe gerne zu, daß sich der Ertrag an Kartoffeln pro Kopf der Bevölkerung etwas verringert hat, auch aus dem Grunde, daß infolgedessen der Aufwand in Kartoffeln noch nicht wieder auf der alten Höhe ist. Aber der erwerbende Überfluß der Vorkriegszeit wird dadurch nicht in das gerade Gegenteil umgewandelt, daß er vollständig ausgeschlossen. Wenn die Kartoffeln, wie es eigentlich selbstverständlich ist, in erster Linie zur unmittelbaren Ernährung der Menschen Verwendung finden, dann werden wir diese Not in der Kartoffelverorgung nicht haben. (Abg. Dr. Seyfert: Sehr richtig!) Ich würde damit, daß wir im Reiche 3 Mill. Tonnen Kartoffeln brauchen, ich schätze die Ernte aber auf mindestens 16 Mill. Tonnen; vor dem Kriege haben wir mit 54 Mill. Tonnen gerechnet, und diese Zahlen sind von der Landwirtschaft früher nicht angegriffen worden. Das lässliche Verlangen liegt also nicht in erster Linie an der Produktion, sondern es liegt an der Verteilung der Kartoffeln. Die Verwertungsbedingungen sind heute unähnlich noch so viel früher, der größte Teil der Kartoffeln wandert nach wie vor ins Vieh, ein Teil wird zu Ernährungszwecken verbraucht und der kleinste Teil geht in die Industrie zur Herstellung von Spiritus und Stärke. Ob der bisherige Mangel, da wir doch eine normale Ernte gehabt haben, lediglich auf übertriebeneren Zurschellen beruht, und ob wir nicht vielleicht noch erleben werden, daß in einigen Wochen ein Überangebot in Kartoffeln eintritt, läßt sich heute noch gar nicht übersehen. Es fehlen nicht bloß Händler, sondern auch Landwirte auf dem Standpunkt, daß das allerdings eintreten kann. An eintretlichen ist ja immer die Verwertung der Kartoffeln in der Spiritusindustrie gewesen. Bei der Spiritusindustrie ist der wirtschaftliche Schaden jedoch nicht allzu groß, da nur der Alkohol aus dem Rohprodukt herausgehoben wird und die Schlempe noch ein vorzügliches Viehfutter ist. Das aber heute sehr viel Spiritus hergestellt wird, sieht man daran, daß die Bezugspreise heute schon am besten Tage die Straßen unserer Maschinen. (Sehr richtig! bei den Dem.) Der gefährlichste Konkurrent für die Kartoffel ist nach wie vor die Schweinezucht und der Geflügelzucht. Gerade das Geflügel hat in unheimlicher Weise überhandgenommen, und wer in der Landwirtschaft steht, wird mit Bewußtsein, daß das Geflügel im Winter in der Haushaltung mit Kartoffeln durchgefüttert werden muß, und die Geflügelzucht lohnt sich heute bei niedrigen Eierpreisen, die wir haben. Die Landwirte sind natürlich zu gute Kritiker, als daß sie nicht wissen, daß sie bei der Befruchtung der Kartoffeln besser abzurufen. Ich behaupte, daß die hohen Fleischpreise in allererster Linie verantwortlich zu machen sind dafür, daß keine Kartoffeln zu Speisewedden zu bekommen sind. Es ist doch heute tatsächlich so, daß ein großer Teil der Bevölkerung, der leicht und viel verdient, der sich von Wucher und Spekulation nähert, gar nicht danach fragt, was das Fleisch kostet, das Fleisch findet Abnahme, und wenn die Preise noch höher werden. Und daneben steht eine Bevölkerung, die — ich brauche bloß an die Beamtenklasse zu erinnern — mit dem 12 und 15fachen ihres Jahreslohnsformums das 40 und 50fache ihres Lebensnotwendigen, ja das 100fache zahlen soll. Die Fleischer oder Weltfestschmeichelei fragen von Wachen (Sehr richtig!), und ein großer Teil der Bevölkerung hat nicht die Mittel, sich nur an den Kartoffeln zu sättigen. (Lebhaftes sehr richtig!) Totale Zustände schreien zum Himmel, und sie bewegen uns, daß ein Teil der Bevölkerung auf Kosten des anderen lebt und prast. (Lebhaftes sehr richtig! links und bei den Dem.) Leuten Endes ist an dieser ganzen Kalamität nur schuld, daß sich das Papiergeld in den Händen einzelner häuft, daß das Geld seinen Sparwert hat (Sehr richtig!); infolgedessen wird das Geld in unmittelbaren Verbrauch.

Es ist gesagt worden, wir wollten die Zwangsverwaltung haben. Das fällt gar niemand ein. Heute steht unter dem Druck vor allen Dingen die sächsische Landwirtschaft. Ein großer Teil der sächsischen Landwirtschaft hat seine Pflicht getan, hat seine Entwürfe zu einem hohen Prozentlage herausgegeben. Sollte das das ganze Reich gelten, so würden wir anders da. Und was hat denn der Herr Minister glücklich zugesagt? Er will, daß alle Länder des Reiches gleichmäßig herangezogen werden, und das ist der Sinn einer Umlage; ich verpöche nicht, daß Dr. Friedrich die Sache nicht löst. (Heiterkeit.) Warum nicht ich Dr. Friedrich gegen eine Umlage, die alle trifft? Wenn man das tut, dann bestraft man die Geschäftse der Leute, die durch Zurückhaltung Geldscheine machen wollen. (Sehr richtig! links. — Zuruf des Abg. Friedrich.) Kann und der Dr. Abg. Friedrich die Gewäh geben, daß die Kartoffeln im kommenden Jahre ohne irgendwelche Maßnahmen rechtzeitig in die Keller der Verbraucher kommen? Er wird sich haben, die Zustimmung zu geben. Er kann es aber auch der Regierung nicht verwehren, wenn sie im Interesse der Gesamttheit des Volkes Schritte im Interesse der Gesamttheit des Volkes Schritte

stolzen, die Bauern, die im vorigen Jahre geliebt haben, werden sich nicht im Verkauf im nächsten Jahre wieder voranbringen und wieder die Dummheit zu machen, da schon einmal die andere Art ist, und das ist nur zu erreichen durch eine Umlage. Wenn diese Umlage so gestaltet wird, daß sie in möglichen Grenzen gehalten wird und daß vor allen Dingen angemessene Preise gezahlt werden — das wollen wir ja durchaus —, dann kann die Umlage auch nicht als eine Härte aufzufassen sein. (Sehr richtig!) Die Regierung hat zu prüfen, ob sie ohne eine Umlage auskommt. Aber wenn sie nach gewissenhafter Prüfung zu der Überzeugung gelangt, daß dieser Schritt notwendig ist, dann soll sie ihn auch machen. (Sehr richtig!) bei den Dem.)

Stellv. Präsident Dr. Wagner:

Bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich dem Hause Mitteilung machen von einer Zuschrift des Wirtschaftsministeriums:

Da voraussichtlich in nächster Zeit Verhandlungen im Landtage über die Frage der Unterstellung des Gewerlichen und Berufs-Schulwesens zu erwarten sein werden, beabsichtigt das Wirtschaftsministerium den Herrn Abgeordneten Gelegenheit zu geben, einige der seiner Obhut anvertrauten Fach-, Gewerbe- und Handlungsschulen kennen zu lernen und den Herren die gewünschten Aufstellungen über das gewerbliche Schulwesen an Ort und Stelle zu geben.

Das Ministerium gestattet sich, die Herren Abgeordneten zur gemeinsamen Besichtigung von gewerblichen Schulen einzuladen und für die erste Besichtigung Montag, den 13. und Dienstag, den 14. März in Vorschlag zu bringen.

Für die Besichtigung hat das Ministerium folgenden Plan aufgestellt:

Montag, den 13. März 1922: Chemnitz, Höhere Fachschule für Textilindustrie und Höhere Fachschule für Metzerei- und Metzereischulwesen; Jwickau, Berufliche Technische Schulen (Gewerbeschulen); Reichenbach, Stadt-, Gewerbeschule und Höhere Fachschule für Textilindustrie.

Dienstag, den 14. März 1922: Aue, Stadt-, Gewerbeschule und Höhere Fachschule für Metallbearbeitung und Innhandlung; Schneeberg, Staatliche Episenlötlernschule und Zeichenschule für Textilindustrie und Gewerbeschule.

Ich bitte die Herren, die daran teilnehmen wollen, sich bis morgen vormittag zu melden.

Abg. Schmidt (Pflanzen) (Dtsch. Sp.):

Das Endziel für eine ausreichende Versorgung der Verbraucher mit Kartoffeln muß lediglich die Produktionssteigerung sein. Meiner Überzeugung nach müßte die Regierung hierauf ihr ganz besonderes Augenmerk richten; sie müßte die Produktion fördern, wo es nur angeht. Die Ausführungen des Hrn. Ministers bei der Beratung der Eingabe des Abg. Iller am 16. Februar sind auch die vorhin gemachten sind aber keinesfalls geeignet, wie ja schon die Anfrage, die zur Behandlung steht, zeigt, die Produktionslust, die Produktionsfreudigkeit zu steigern. (Zurufe und Widerspruch links.) Im Gegenteil, wenn die Bemerkungen des Hrn. Wirtschaftsministers bezüglich beim Reiche Erfolg haben würden, dann würde das Gegenteil von dem eintreten, was er mit seiner Anregung beabsichtigt. Es würde nicht eine Produktionssteigerung eintreten, sondern eine Produktionsverminderung. Der Hr. Minister wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß der Landwirtschaft nicht zugemutet werden kann, größere Anbauflächen preiszugeben, teures Saatgut zu kaufen, teure Düngemittel zu erwerben und sie anzusetzen zum Zwecke der Produktionssteigerung, wenn man ihnen heute schon sagt: Wir gehen mit der Ansicht um, wieder eine amtliche Bewirtschaftung der Kartoffeln einzuführen, bzw. was mit einer amtlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln Hand in Hand geht, wieder Höchst- oder Höchstpreise für Kartoffeln einzusetzen. Die in Aussicht genommenen Maßnahmen erscheinen mir nur geeignet, die Produktion zu vermindern und die Kartoffeln selbst bei einer guten Ernte vom Markte zu vertreiben. Ich und meine Parteifreunde werden auf keinen Fall die Hand dazu bieten, daß die Zwangswirtschaft, die allenfalls das Ergebnis der Anregungen des Hrn. Ministers sein müßte, wieder zur Einführung kommt. Erzeuger, Händler und vor allen Dingen die Verbraucher haben von der Zwangswirtschaft feilgen Angedenken gerade genug, und die zwangsmäßige Bewirtschaftung eines Artikels ist noch niemals geeignet gewesen, mehr Ware auf den Markt zu bringen. Ein Umlageverfahren bedingt Höchstpreise und die Höchstpreise haben stets die Ware verschwinden lassen. Sie haben sich nicht bloß vermindern lassen, der Schleißhandel hat die Waren aufgenommen und sich dann ganz ungerechtfertigterweise daran bedient.

In einer bürgerlichen Zeitung erschien erst vor kürzester Zeit eine Anzeige, in der jedes Quantum Kartoffeln zu kaufen gesucht und erklärt wurde: Ich gebe für jeden Zentner Kartoffeln ein Pfund Zucker — bekanntlich legt ein sehr begabtes Nahrungsmittelel — gratis. In diese Anzeige in der bürgerlichen Zeitung knüpfte eine sozialistische Zeitung folgenden Kommentar:

Kann die Zuckerindustrie sich noch frecher gebärden, als wie es hier ausgedrückt wird? Unzählige, abgeklärte Mütter laufen verzweiflungsvoll von Laden zu Laden, um nur ein Pfund Zucker für ihre Kleinen aufzutreiben, und hier bietet irgendein Angehöriger der Geldselbstherrschaft für jeden Zentner Kartoffeln ein Pfund Zucker umsonst. Wo hat dieser Interessent diesen Zucker her? Wogegen laßt er jeden Boten Kartoffeln? Die Antwort auf diese Frage liegt sehr nahe. Das Wort soll im Frühjahr noch höhere Preise zahlen. Eine schamlose Verschönerung der Volksände läßt sich kaum noch vorstellen. Wird der Staatsanwalt eingreifen?

Der Handel hat es sich zur Aufgabe gemacht, solchen Sachen nachzugehen, und es hat sich herausgestellt, daß die Anzeige in dieser bürgerlichen Zeitung nicht vom legalen, vom rechten Handel ausgeht, sondern vom falschen, vom falschen demokratischen Gewerkschaft war. (Zurufe links, rechts, und in der Mitte.) Große Unruhe und Jubel links: Wie heißt er denn? Wo wohnt er denn? Wer das ist und wo er wohnt, das werde ich Ihnen dann einmal sagen. (Zurufe links und rechts.) Das hätten Sie aber vorher feststellen müssen. Ich habe das in der „Deutschen Nahrungsmitteleitung“ gelesen und die möchte ich nur Tatsachen bekennen. (Erneutes Lachen links.) Erschienen ist der Artikel in einer bürgerlichen Zeitung. Es hat aber gar nichts zu sagen, ob das in Hannover oder in Sachsen geschieht. Jedenfalls ist festgestellt worden durch unsere amtlichen Organe, daß der Aufgeber dieser Anzeige der Sozialdemokratischen Fraktion war. (Zurufe links: Wie heißt er denn?) Ich werde mich bemühen, auch noch die Adresse zu beschaffen. (Erneutes Lachen links.) Was die Regierung nach meinem Dafürhalten zu tun hat, was sie als ihre Pflicht ansehen muß, ist einschränken gegen den wilden Kauf auf dem Lande. Wenn die Verbraucher selbst hinausgehen, wird niemand etwas einzuwenden haben, aber der illegale Handel versucht die Kartoffeln aufzukaufen, um sie dann mit höheren Preisen an seinen Mann zu bringen. Das ist es, was die Preissteuerung und die Knappheit herbeiführt. Im Verhandlungswege mit den Erzeugern und dem legalen Handel wird man die Kartoffeln am besten beschäftigen können. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Tennhardt (Unabh.):

Die Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei ist eine Provokation der Verbraucher, wie sie bereits von Hrn. Kollegen Claus gekennzeichnet worden ist. Seit dem vorigen Jahre haben wir in bezug auf die Kartoffelversorgung eine jährliche Preissteigerung durchmachen müssen. Wenn wir früher im Landtag und in der Volkshammer zur allgemeinen Ernährungsfrage Stellung nahmen, so war wenigstens die Möglichkeit gegeben, die ganzen Ernährungsprobleme in Betracht zu ziehen. Heute ist man aber schon dazu gekommen, daß man nur einzelne Punkte herausgreift. Wir stimmen den Ausführungen des Abg. Claus bezüglich der Auspörierung der Verbraucher durch die Landwirtschaft und den Handel voll und ganz zu, und wir wünschen, daß von der Regierung, wenn die Notwendigkeit dazu vorliegt, das Umlageverfahren wieder eingeführt wird, daß die minderbemittelte Bevölkerung wenigstens mit Kartoffeln versorgt werden kann. Im vorigen Jahre, als die Preise für die Umlagekartoffeln festgesetzt waren mit 30 M., ging man daran, innerhalb der Landwirtschaft in der Nähe der großen Städte diese Preise dadurch zu umgehen, daß man die Kartoffeln teilweise an den Handel abgab. Dadurch hatte nicht nur die Landwirtschaft einen Vorteil, sondern auch die Händler machten dadurch ganz enorme Gewinne. Der Handel hat die Preise auf 50 bis 60 M. für den Zentner festgesetzt. Der Preis pro Kiste der Kartoffeln betrug aber nur 30 M., so daß pro Zentner ein Verdienst von 40 bis 45 M. für den Händler blieb. Man sieht daraus, daß wir nicht allein bei der Landwirtschaft eingreifen müssen, sondern auch bei dem Handel. Bezüglich der Landwirtschaft möchte ich hervorheben, daß in erster Linie notwendig ist, von Seiten der Regierung die Produktionskosten festzusetzen. Wenn in der Kartoffelversorgung Handel geschlossen werden soll, muß versucht werden, auch den Zwischenhandel möglichst einzubringen. Diese Möglichkeit hat die Regierung durch die Festsetzung der Umlagequanten, die abzuführen sind. Bereits im Jahre 1918 nach dem Ausbruch der Revolution glaubten wir, daß wir auf diesem Wege ohne weiteres aus der Krise der Ernährung herauskommen würden, wenn die Gemeindevwaltungen zur Kontrolle des Anbau und der Verteilung mit zugezogen würden. Leider ist man aber nicht dazu übergegangen, sondern hat mit allen Mitteln dahin gewirkt, daß der freie Handel zur Durchführung kommen mußte. Wenn wir uns heute die Ergebnisse des freien Handels vergegenwärtigen, so müssen wir ohne weiteres erkennen, daß die Verschreibungen, die damals gemacht worden sind, in keiner Weise erfüllt worden sind. (Sehr richtig! links.) Eine Verbilligung konnte nicht durchgeführt werden, sondern die Verbraucher sind ungemein geschädigt worden, und werden noch weiter geschädigt. Wir haben auf Grund der Verhältnisse in Deutschland an einer immenswährenden Unterproduktion zu leiden. Wenn das der Fall ist, dann müßten die Anträge, die wir bereits im Jahre 1918/19 gestellt haben, ohne weiteres im Interesse der Bevölkerung zur Durchführung gebracht werden. Man müßte zu der Frage der Bildung von Wirtschaftsgebieten Stellung nehmen. Dann würde die Möglichkeit geschaffen sein, die Preisfrage von Seiten der Regierung zu lösen, wenigstens zu stabilisieren, und man könnte auch auf der anderen Seite zur Stabilisierung der Löhne Stellung nehmen. Das läßt sich natürlich nicht von heute auf morgen durchführen, aber wenn nicht von Seiten des Landtags die ersten Schritte dazu unternommen werden, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn im nächsten Jahre wiederum eine jährliche Preissteigerung nur allein für die Kartoffeln eintreten wird und die Verbraucher dann schließlich wie im Vorjahre zu den Mitteln und Maßnahmen Stellung nehmen. Mit bestimmter Sicherheit ist heute schon zu sagen, daß wir bei unserer Selbstversorgung und bei der Suche, die deutschen Produkte der Arbeit ins Ausland zu transportieren, wo sie einen viel höheren Gewinn abwerfen, im nächsten Jahre mit einer ähnlichen Preissteigerung wie in diesem Jahre zu rechnen haben werden. Wohin das führen soll, entzieht sich vorläufig jeder Beurteilung, aber ich getraue mir zu behaupten, daß letzten Endes der Hunger weh tut und die Bevölkerung schließlich zu den Mitteln greifen wird, die der gesamten produzierenden Bevölkerung nicht annehmbar sein werden. Aus diesem Grunde wird es zweckmäßig sein,

wenn die Regierung die Fragen, die ich hier in bezug auf die Festsetzung der Produktionskosten und die Preisregulierung aufgeworfen habe, in Angriff nimmt und das Umlageverfahren in der üblichsten Weise zur Durchführung bringt. (Bravo! links.)

Abg. Schreiber (Soz.):

Bei Abschaffung der Zwangswirtschaft, für die man sich seinerzeit eingesetzt hat, insbesondere auch die Landwirte, hat man in allen Lagen die kommende Harmonie der Preisverhältnisse und der Interessen bei freier Konkurrenz gepredigt. Die Zwangswirtschaft ist jetzt bis auf einen Rest abgeschafft, aber von der Harmonie ist bis jetzt noch nichts zu merken. Hr. Kollege Claus hat gesagt, daß die Verhältnisse zum Himmel stehen. Ich möchte sagen, daß sie zum Himmel sinken. Es ist das in die Erscheinung getreten, was wir vorausgesehen haben, bei Aufhebung der Zwangswirtschaft unter den obliegenden Verhältnissen eintreten müßte, nämlich das Produktionsmonopol und das Handelsmonopol machen sich geltend, auch in Industrie und Gewerbe, aber vor allen Dingen bei der Landwirtschaft. Die Rohstoffe und die Saluta veranlassen gewissermaßen ein Betteln. Wir haben jetzt ungefähr eine solche Geldverflechtung, daß das Geld nur noch ein Viertelteil des Friedenspreises ausmacht. Die Rohstoffpreise sind aber viel schneller gestiegen.

Hr. Kollege Schmidt (Pflanzen) hat von Handel gesprochen und ihn in Schutz genommen. Es waren auch Landwirte, die außerordentlich hohe Preise genommen haben, besonders aber waren es die Händler, die sich die Lage zunutze gemacht haben. Das möchte ich Hrn. Kollegen Schmidt (Pflanzen) sagen.

Der Handel hat bei der Preisbildung außerordentlich geflüstert, und man hatte das Gefühl, man müßte auf öffentlichen Plätzen Prägelmaschinen mit Motorbetrieb aufstellen, wo man die Kunden, die die Preise in die Höhe treiben, durchläßt, das wäre notwendig gewesen. Bei solchen Preisen für Kartoffeln, wie sie in der vergangenen Zeit durchgehört worden sind, ist die Rot der Arbeiter, Beamten, der Sozialrentner, der Erwerbslosen usw. außerordentlich groß, daß es die Landwirte eigentlich selbst einsehen und zu der Schlussfolgerung kommen müßten, daß es notwendig ist, Maßnahmen gegen den Eintritt einer solchen Rot zu ergreifen. Die Landwirte kommen mir immer so vor, als wenn sie das Bewußtsein hätten, daß die Raten im Speck wären, daß die ganze umliegende Welt Speck ist und ihnen nichts weiter passieren kann. Die Dinge liegen doch aber ganz anders. Wenn wir die Ruhe behalten wollen, und die Ruhe ist eine Vorbedingung für den Wiederaufbau, den wir alle doch erstreben, so müssen wir dafür sorgen, daß die allernotwendigsten Rohstoffe nicht in die Hände einzelner garantirt werden, daß für ein bestimmtes Ausbringen gesorgt werden muß. Im übrigen meine ich, wenn die Landwirte der Durchorganisation der Landwirtschaft, der obligatorischen Organisation der Landwirtschaft zugänglich wären, dann könnten sie die Durchorganisation des Umlageverfahrens und die Verteilung, die damit verbunden ist, selbst in die Hand nehmen, sie können also auf dem Wege der Selbstverwaltung die Ausbringung vornehmen, die notwendig ist, um die primitivsten Nahrungsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Dann wäre ein sozialer Eingriff gar nicht notwendig. (Abg. Schreiber: Dieses Ziel verfolgen wir auch!) Es ist ja ganz hübsch, wenn wir von Hrn. Abg. Schreiber hören, daß er auch dieses Ziel verfolgt. Ich wundere mich nur, daß das so langsam geht. Hr. Kollege Friedrich hat darauf hingewiesen, daß Saatkartoffeln 200 M. kosten. Daraus kann man aber doch wirklich nicht den Preis der später daraus produzierten Kartoffeln ableiten, denn Saatkartoffeln produzieren doch jeder Landwirt selbst. Ich will aber nicht weiter von Zahlen reden, sondern nur noch erwähnen, worauf auch schon von Hrn. Kollegen Claus hingewiesen worden ist: Es ist doch ein hohes Stück, die Produktion von Schweinefleisch nach der Methode zu berechnen, daß man 600 Pfund Weizenmehl braucht, um ein Schwein zu mähen, und daß dabei bei 2000 Mark Produktionskosten für 1 Zentner Schweinefleisch herauskommen. (Zurufe des Abg. Friedl.) Es ist doch allgemein bekannt, daß das Schwein der Besitzer der Abfälle und dergleichen Produkte in der Landwirtschaft hauptsächlich ist, die man in einem guten Maße nicht verwertet werden können. Diese Produkte kosten dem Landwirt überhaupt nichts, und er könnte sie überhaupt nicht verwenden, wenn er nicht Schweine hätte. Der Hr. Kollege Friedrich hat von der Selbsthilfe der Landwirtschaft gesprochen. Ich bin für Selbsthilfe auf keinem Gebiete, weder für Verbraucher, noch für Landwirte, ich halte es aber für eine Unklugheit, wenn man immer mit dem Feuer spielt und immer wieder von einem ewigen Streik, einer ewigen Krisis und sonstigen Dingen redet; denn dann könnte es einmal eintreten, daß der Verbraucher zur Selbsthilfe greift, und das könnte weder den Landwirten noch den Verbrauchern selber in letzter Linie nützen. Man soll Dinge nicht herausschwätzen. Es ist verstanden worden, der Hr. Wirtschaftsminister möchte den Umlagepreis für das nächste Jahr nennen. Das kann er nicht, er kann dies eben so wenig sagen, wie er nicht sagen kann, wie im nächsten Jahre die Ernte ausfällt. Im übrigen handelt es sich nun darum, daß ein Umlageverfahren für Sachjen durchgeführt werden soll, dann träge vielleicht das zu, was der Hr. Abg. Friedrich gesagt hat, sondern die Ansicht des Wirtschaftsministeriums ist, das Reich zu veranlassen, ein solches Umlageverfahren aufzugeben, und das läge nach meinem Dafürhalten durchaus im Interesse der sämtlichen Landwirte und auch im Interesse vor allen Dingen der Verbraucher. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Wenner (Kom.):

Wir sind der Ansicht, daß den jetzigen Verhältnissen in der Kartoffelversorgung unbedingt ein Ende gesetzt werden muß und daß man Mittel

und Wege finden muß, auf denen man der jetzigen Kartoffelnot auch im nächsten Jahre steuern kann. Wir sind aber der Ansicht, daß die Maßnahmen, die der Hr. Wirtschaftsminister bezüglich vorgeschlagen hat, nicht den Bedürfnissen abdecken kann. Das von Hrn. Minister bezüglich Umlageverfahrens wird höchstens ermöglichen, daß der größte Teil der nächstjährigen Kartoffelernte tatsächlich verschoben wird und somit tiefenhaft gesteigerte Preise erzielt werden. Diese Maßnahmen können nicht der arbeitenden Bevölkerung helfen. Die Landwirtschaft begründet ihre Anfrage damit, daß sie sagt, sie sei nicht in der Lage, den steigenden Preise für Düngemittel zu folgen, sie müsse diesem Preise für Düngemittel Rechnung tragen, und verlangt jetzt eine Auskunft darüber, wie hoch der Preis für die Kartoffeln im Umlageverfahren im nächsten Jahre und kommenden Herbst festzusetzen sei. Wir halten es für notwendig, daß zur Behebung der Katastrophe der Kartoffelversorgung nicht nur die Saatgutkartoffeln, und zwar mit Hilfe der Kontrolle der Betriebe- und Güterräte festgesetzt werden, sondern daß das gleiche mit den vorhandenen Düngemitteln im gesamten deutschen Reich geschehen soll und daß eine Verteilung und Austeilung dieser Düngemittel stattfinden soll. Mit dieser Maßnahme müßte dann der Anbau von Kartoffeln in der Hand gehen, um nicht die Möglichkeit der Sabotage des Anbaues zu geben, die hier von der Rechte jetzt angebroht worden ist. Wir sind weiter der Ansicht, daß das nicht getroffen kann, was der Hr. Minister bezüglich vorgeschlagen hat, daß für die Preisbildung der Kartoffeln erst der Ernteertrag gelten muß. Es ist unter normalen Voraussetzungen richtig, daß bei der Preisbildung Angebot und Nachfrage in Frage kommt. Aber unter den jetzigen anomalen Verhältnissen bei der anbauenden Kartoffelnot kann Angebot und Nachfrage nicht immer in Rechnung gestellt werden, sondern es müssen in Folge der anomalen Verhältnisse die Erwerbsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung in Rechnung gestellt werden. Wir haben gesehen, daß im Rahmen des jählichen Staates die Maßnahmen der jährlichen Regierung ein vollständiges Fiasko erlitten haben und zu dem Gegenteil von dem geführt haben, was man erreichen wollte, nämlich in den Bezirken, die nach Angabe des Hrn. Ministers die Segnung der Höchstpreise genießen haben. Helfen kann jetzt nur das eine, wenn der Anbau von Kartoffeln tatsächlich unter Kontrolle der Betriebe- und Güterräte und der staatlichen und städtischen Organe durchgeführt wird und wenn eine Verteilung der Ernte durch die kommunalen Verbände geschieht und wenn man das Verbot des Verkaufes an den Privathändler rückwärts durchführt. Nur dann wird die Möglichkeit gegeben sein, die Ernährung der Arbeiterschaft und der arbeitenden Bevölkerung sicherzustellen. Die anderen Maßnahmen, auch die vom Hrn. Minister bezüglich vorgeschlagenen Maßnahmen können nur dazu führen, die Kartoffelnot nicht zu beheben, sondern zu vertagen. Es ist notwendig, daß man praktisch eingreift und die Maßnahmen ergreift, die wir schon vor einigen Wochen in unserem Antrage aufgestellt haben, damit die Sabotage gebrochen wird. Damit wird auch die Möglichkeit einer Versorgung der arbeitenden Bevölkerung in den Bezirken gewährleistet werden.

Wirtschaftsminister Reilich:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind erneut die Ernährungsprobleme, die ich vorgetragen habe, angeprochen worden. Ich will hier noch folgendes feststellen. Es kann nicht abgelehnt werden, daß die Kartoffelnot in diesem Jahre im Durchschnitt nicht so groß gewesen ist wie in manchen anderen Jahren. Wir haben jetzt, da wir in der Lage sind, über 10 Staatsgüter selbst in eigener Regie zu verwalten, können, einmengen einen Überblick über die Ernteerträge. Auch die Ermittlung unserer eigenen Staatsgüter ergibt das Bild, daß die Ernteerträge für den einzelnen Güter, mitunter solcher Güter, die nicht nebeneinander liegen, außerordentlich verschieden sind. Noch weit größer ist der Unterschied bei einzelnen Güterkolonien. Die Ernte der Güterkolonien der Döbelner Gegend ist, soweit Kartoffeln in Frage kommen, bedeutend besser wie die Ernte der Güter, die in der Lausitz liegen. Die Verschiedenheit ist natürlich aus der ausnahmsweise großen Trockenheit, die wir im letzten Jahre gehabt haben, bei der eben nicht mehr nur allein die Art des Bodens für die verschiedenartigen Erträge der Ernte ausschlaggebend war, sondern wahrscheinlich auch weit mehr als bei anderen Witterungsverhältnissen die ganz besondere Lage der einzelnen Güter. M. A. u. S. Man kann sich vorstellen, daß in ungemein trockenen Jahren außer durch die Bodenbeschaffenheit die Unterschiedlichkeit schon dadurch bedingt wird, daß das eine Feld in der Fläche schräg liegt, das andere wiederum eben oder der Sonne abgentigt. Das unter solchen Verhältnissen die Ernterträge nicht normal sein können, sondern unberechenbare Einflüssen unterliegen, liegt eigentlich selbst für den Laien auf der Hand. Die Schätzungen, die wir vorgetragen haben, weichen deshalb nicht ab von den Erfahrungen, die wir mit den Staatsgütern gemacht haben.

Nun noch einige kurze Worte zu den Darlegungen des Hrn. Abg. Wenner! M. A. u. S. Sie irren, wenn Sie glauben, Sie könnten die Kartoffelfrage mit Betriebs- oder Güterräte regeln. So gehen die Dinge nicht! Die ökonomischen Kräfte, die heute die Kartoffelversorgung und die Kartoffelpreise bedingen, sind eben zurzeit noch an ganz anderen Stellen verankert als bei den Betriebs- und Güterräte. Sie dürfen sich auch keiner Täuschung darüber hingeben, daß auch ein Teil unserer Betriebsräte auf dem Lande bei weitem noch nicht dazu geeignet ist, schon die Gewähr für die allernotwendigste Wahrnehmung der Belange der Allgemeinheit zu bieten. Das ist eine Frage, die erst allmählich durch Schulung, durch eine allmähliche Reife herbeigeführt werden muß, und ich weiß nicht, Hr. Abg. Wenner, ob wir neben den vielen guten Erfahrungen, die wir sicherlich mit einer großen Anzahl von Betriebsräten machen würden, nicht auch auf der

anderen Seite recht erhebliche Entlastungen erleben werden.

Der Hr. Abg. Renner hat gesagt, das Umlageverfahren, das auch von der sächsischen Regierung beim Reich erstrebt wird, genügt nicht. Aber Hr. Abg. Renner, was ist dann der nächste Schritt? Der nächste Schritt wäre die Zwangswirtschaft, und ich will nur noch einen Grund anführen, weshalb die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung unter seinen Umständen mehr möglich ist. Die Zwangswirtschaft müßte sich in der Hauptsache in den Herbstmonaten auswirken, d. h. die Kartoffelzwangswirtschaft bündelt sich zeitlich in die Herbstmonate zusammen. Allein schon Gründe unserer Verkehrsmöglichkeiten schließen es nach meinem Dafürhalten aus, die Versorgung in Deutschland nach einheitlichen, zwangsmäßigen Vorschriften zu organisieren. R. D. u. D. Wenn ich Sie daran erinnere, daß wir erst in den letzten Tagen wieder vom Reichsverkehrsministerium über einige wichtige nach Norden führende Strecken in Sachen einer Güterperre erhalten haben, unter den heutigen Verhältnissen, dann können Sie sich vorstellen, wie unübersichtlich der Gedanke wäre, im Herbst, wo sich alle Güterbeförderungen zusammenlagern, etwa eine lächerliche Zwangswirtschaft für Kartoffeln herbeizuführen. Allein schon an diesem einen praktischen Grunde scheitert der Gedanke, mag er auch sonst von anderen Gesichtspunkten aus betrachtet noch so wünschenswert sein. Wir haben aber bei der jetzigen Güterperre, die über Sachen verhängt worden ist, bereits durch sofortige Vorleistung erreicht, daß uns vom Reichsverkehrsministerium wenigstens einige Sonderzüge für Längsmittel freigegeben werden sollen, weil wir der Meinung sind, daß die Dämmigkeit, wenn wir sie nicht augenblicklich erhalten, dann für die sächsische Landwirtschaft keinen Zweck mehr haben. In dieser Weise will uns das Reichsverkehrsministerium entgegenkommen. Also ich wiederhole: wenn man sagt, die Umlage genügt nicht, man müsse mehr schaffen, dann bitte ich auch die Herrren, die solche Vorschläge machen, ihre wohlgemeinten Rathschläge bis in die letzten Konsequenzen durchzuführen, da zur Durchsührung mehr gehört als bloße Pläne. Es gehört dazu auch die technische Möglichkeit; die ist aber einfach für eine Zwangswirtschaft in der Kartoffelversorgung nicht mehr gegeben.

Abg. Schreiber (Dtschnat.):

Der sächsische Landwirtschaft ist an einer unsummen Preissteigerung für Kartoffeln absolut nichts gelegen (Abg. Renner: Recht viel gelegen!), im Gegenteil sie bedrängt sie. Die Anfrage hat ihre Ursache darin, daß wir alle Veranlassung hatten, zu befürchten, daß auch im kommenden Jahre die Regierung die in ihren Händen liegende vollständige Macht ausnützen und mit Hilfe der Gewerkschaften usw. auf den Preis drücken würde. Das wäre aber nur geizig, die künftige Produktion zu hemmen. Auch uns liegt in erster Linie, wie es der Hr. Minister Feilich als wünschenswert hingestellt hat, an einer ordnungsgemäßen Versorgung. Auch wir wünschen weiter nichts für die künftige Kartoffelernte als einen Preis, der die Produktionskosten deckt und noch einen bescheidenen, angemessenen Gewinn zuläßt. (Zuruf bei den Komm.: Nur nicht zu beschreiben! Das könnte gefährlich werden!) Der Hr. Wirtschaftsminister hat uns diese Zusage gegeben; wir werden uns dieser Zusage bei gegebener Gelegenheit erinnern. Mit aller Entschiedenheit aber müssen wir uns schon heute dagegen äußern, daß wieder einmal im Frühjahr über Herbst, wenn die Feimen geöffnet werden, der Druck der Straße einsetzt. Dadurch würde man das Gegenteil von dem erreichen, was man wünscht. Wenn Hr. Kollege Claus die Befürchtung ausgesprochen hat, daß vielleicht zu viel Kartoffeln in den Brennereien verbrannt würden, so kann ich ihn beruhigen. In der Hauptsache verbrennen die Brennereien jetzt Rüben oder erstorene Kartoffeln, die auf der Eisenbahn erstoren sind. Der Hr. Abg. Claus hat sich der Hoffnung hingeeben, daß wir im Frühjahr möglichst ein Überangebot von Kartoffeln haben würden. Wir würden uns sehr freuen, wenn es so wäre, allein ich glaube nicht daß das eintritt, denn soweit ich beurteilen kann, sind die meisten Gebiete an Speisepotential ausgepumpt. Recht muß ich dem Hr. Abg. Claus darin geben, daß auf der einen Seite in unserem Volke eine ungeheure Notlage in der Lebensmittelversorgung, auf der anderen Seite aber eine wahnsinnige Genußsucht herrscht. Recht geben muß man ihm auch darin, daß an der Verteuerung der Lebensmittel in der Hauptsache unsere Papiergeldflut die Schuld trägt. Ich kann nicht glauben, daß eine einzelne Umlage die Schwierigkeiten in unserer Kartoffelversorgung beseitigen würde. In der Hauptsache kann man das nur dadurch tun, daß man die Produktion fördert und Preise garantiert, die die Produktionskosten zum mindesten decken. Hr. Abg. Dennhardt hat die Anfrage als eine Provocation der Brandeurer bezeichnet. (Sehr richtig!) Ich kann nur sagen, nichts hat uns ferner gelegen als das. Wir wollten lediglich wissen, ob die Erzeuger auch in diesem Jahre die Gewähr dafür haben, daß sie bei der Bewertung ihrer Erzeugnisse nicht durch den Druck der Straße beeinträchtigt werden. Recht muß ich dem Hr. Abg. Dennhardt insoweit geben, daß er die Ausfuhr von Lebensmitteln, auch von Kartoffeln, mit aller Entschiedenheit verurteilt. Ich kann nur das eine sagen, mir ist aus dem Reichener Bezirk bekannt, daß dort die Behörde hatte eingreifen wollen, als ein Händler Kartoffeln nach dem Auslande ausführen wollte. Aber der Betreffende konnte mehrere Ausfuhrbescheinigungen des Reichsverkehrsministeriums nachweisen. Also auch unter der Ägide der Reichsbehörden werden heute noch wichtige Lebensmittel ins Ausland ausgeführt. Der Hr. Abg. Dennhardt ließ zum Schluß seiner Ausführungen wieder die altbekannte Drohung durchhören, er sprach sie nicht direkt aus, sagte aber, wenn die Landwirte so bodenig sind, ist es kein Wunder, daß die Leute hinausgehen und sich toten, was sie brauchen. Das genügt

für uns. Wir wissen nun, wie wir uns auch im nächsten Jahre zu verhalten haben.

Hr. Abg. Schreiber kann ich in verschiedener Beziehung nicht recht geben, insbesondere darin nicht, daß er von einem Produzentenmonopol spricht. Wie die Machtverhältnisse in unserem modernen Staate liegen, könnte man eher von einem Monopol der Straße reden. (Abg. Schreiber: Nicht bloß in der Landwirtschaft!) Entschieden muß ich ihm entgegenreden, wenn er behauptet, wir Landwirte hätten kein Verständnis für die Not der anderen. Ich wünsche, der Hr. Abg. Schreiber hätte Gelegenheit, in unsere landwirtschaftlichen Versammlungen zu kommen und sich davon zu überzeugen, wie unermüdlich wir uns bemühen, in einbringlichen Worten unseren Leuten klar zu machen, daß der Besitz an Grund und Boden nicht nur Rechte mit sich bringt, sondern auch Pflichten. (Zuruf links: So sollte es sein!) Der Hr. Abg. Schreiber sagte, wir würden weiter gekommen sein, wenn wir die ganze Organisation der Landwirtschaft obligatorisch durchgesetzt hätten. Ich sehe auf einem etwas anderen Standpunkte. Ich verspreche mir von einer obligatorischen Organisation absolut nichts, ich halte eine fakultative für zweckmäßiger und ich sehe es auch gemeinschaftlich mit dem. Schreiber als höchstes Ziel an, daß es uns gelingt, die Bewertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse soviel als möglich durch die Genossenschaften wieder an die Verbraucherorganisationen zu legen. Daß wir aber auch der Mithilfe des freien Handels nicht entbehren können, das ist eine bekannte Tatsache. Schließlich kann ich mir nicht erklären, wie der Hr. Abg. Schreiber dazu kommt, zu behaupten, daß Hr. Kollege Friedrich, der die Anfrage begründete, hätte mit der Selbsthilfe der Landwirtschaft gedroht. Davon kann absolut keine Rede sein. Hr. Kollege Friedrich hat nur gemeint, wenn wir regierungsfreig nicht unterzucht werden, so müßten wir zu dem Mittel der Selbsthilfe greifen, indem wir Notgebungen den Anbau einschränken, denn und kann kein Reich zumuten, daß wir das bare Geld auf unsere Erzeugnisse drauflegen.

Der Hr. Kollege Renner macht sich die Sache sehr leicht. Er schlägt die Vorschläge zur Verbesserung der Kartoffelversorgung nur so aus der Hand. Er hat aber keine Ahnung von den Schwierigkeiten der Produktion, und ich glaube, wenn der Hr. Abg. Renner sich einmal der Landwirtschaft zuwenden sollte, so würde er einer von denen sein, die die allgeringsten Kartoffeln abliefern. (Beitritt.) Der Hr. Minister Feilich hat schon hervorgehoben, daß die Ernte in den verschiedenen Landesteilen eine sehr verschiedene gewesen ist. Wenn der Hr. Kollege Claus eine Erntetragsangabe von 220 Zentnern pro Hektar als dürftig bezeichnet, so muß ich ihm allerdings sagen: Selbst in den besten Jahren wie bei uns in der Reizner und Lemnitzer Gegend haben wir Kartoffelarten gehabt, die kaum die Ausgaben gedeckt haben. Es war das eine vollständige Misere. Eine möchte ich zum Schluß noch anführen. Auch wir von der rechten Seite des Hauses haben die Hoffnung, daß in den kommenden Jahren die Kartoffelversorgung unserer verbrauchenden Bevölkerung wieder in gesunde Bahnen geleitet wird und daß die Verbraucher die Kartoffeln auch zu angemessenen Preisen erhalten. Wir rechnen mit aller Entschiedenheit die unbilligen Preissteigerungen, wie sie sich in der letzten Zeit gezeigt haben, ab, und wir wissen ganz genau, daß mit dieser unbilligen Steigerung der Preise ein großer Teil unseres Vermögens an Wert verliert, denn wir müssen für die Bedarfsgegenstände, die wir zur Aufrechterhaltung unserer Betriebe brauchen, viel mehr auslegen als wir auf der anderen Seite durch Bewertung unserer Erzeugnisse gewinnen.

Die Ansprache ist geschlossen und damit die Anfrage erledigt.

Punkt 10 der Tagesordnung: Anfrage des Abg. Ebert u. Gen., die Entlassung von Betriebsräten in der Chemnitzer Metallindustrie betreffend. (Drucksache Nr. 514.)

Die Anfrage lautet:

In einer Vollversammlung der Chemnitzer Betriebsräte ist folgende Entschlußfassung angenommen worden:

Die von den Unternehmern der Chemnitzer Metallindustrie (Wandrer, Häbner, Hartmann) entlassenen Betriebsräte sind, obwohl die bürgerlichen Betriebsräte feststellen mußten, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgte, noch nicht wieder eingestellt worden.

Derzeit seit 1/2 Jahr und noch länger beschäftigt sich die Gerichte mit diesen Entlassungen und ist, wenn in derselben Weise wie bisher den Unternehmern mit ihren Anfechtungsklagen Rechnung getragen wird, ein Abschluß dieser Prozesse nicht zu erwarten.

Die am 13. Dezember im Volkshaus tagende Vollversammlung der Chemnitzer Betriebsräte erachtet in den Maßnahmen der bürgerlichen Gerichte eine Begünstigung der Unternehmern und bezeichnet diese als planmäßige Sabotage.

Sind der Regierung diese Vorgänge bekannt, ist sie bereit, diesen Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen?

Was hat insbesondere das Justizministerium getan, die im dritten Absatz aufgestellte Behauptung nachzuprüfen und für Abhilfe dieser Mißstände zu sorgen?

Das Wort zur Begründung erhält:

Abg. Siemert (Rom.):

Das Betriebsrätegesetz, das jetzt eine Reihe von Jahren in Wirksamkeit ist, hat viele Mängel, und es ergeben sich Differenzen aus der verschiedenartigen Auslegung der einzelnen Para-

graphen dieses Gesetzes. Die Maßregelungen von Betriebsräten nehmen immer mehr und mehr zu. Ein Teil der Unternehmer sieht die Tätigkeit der Betriebsräte nicht gern und ist heute noch daran getobt, den alten Herr-in-Hausstandpunkt aufrechtzuerhalten; sie wollen sich nicht hereinreden lassen. Der Antrag, der der Chemnitzer Betriebsräte-Vollversammlung unterbreitet und von ihr einstimmig angenommen wurde, rükt sich vor allem an Maßregelungen, die in der Chemnitzer Metallindustrie vorgekommen sind. So hat die Firma Häbner, Sächsische Maschinenfabrik und Werkzeugfabrik, zwei Betriebsräte im Juni 1920 entlassen. Beide sind im Juni 1920 entlassen worden und haben gegen die Entlassung Klage geführt. Die Gerichte haben entschieden, daß sie zu Unrecht entlassen worden sind und wieder eingestellt werden müssen. Das Unternehmen führte wieder Klage, und seit Juli 1920 bis auf den heutigen Tag ist noch keine Entscheidung in dieser Angelegenheit gefaßt, so daß diese Betriebsräte, wenn sie auf die bürgerlichen Gerichte und ihre Urteil warten wollten, längst verhungert wären.

Ein anderer Fall ist der des Schlossers Kühn und des Schlossers Berg bei den Wandrerwerken in Chemnitz. Diese beiden Leute, 1. und 2. Vorsitzender des Betriebsrates in dem Werke, das 4000 Arbeiter beschäftigt, sind im März 1921 entlassen worden, weil sie sich zu lange mit der Tätigkeit als Betriebsräte beschäftigten, weil sie, fast wöchentlich 20 Stunden als Betriebsräte tätig zu sein, hin und wieder 30, 32, 28 Stunden als Betriebsräte tätig waren. In einem Unternehmen, das 4000 Arbeiter beschäftigt, haben die Vorsitzenden des Betriebs- und Arbeiterrates eine solche Fülle von Arbeit zu erledigen, daß es einem unvorstellbar erscheint, daß dieses Unternehmen deshalb diese beiden Leute entlassen hat. Die Entlassung erfolgte, ohne die Betriebsvertretung der Arbeiter zu fragen. Die Klage der beiden Leute ist so entschieden worden, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt ist.

Bei dieser Gelegenheit muß man auf einen Mangel hinweisen, der besteht. Im Betriebsrätegesetz ist vorgeschrieben, daß über die Bedingungen, unter denen Betriebsräte entlassen werden sollen, über die Bedingungen, die vorhanden sein müssen, um die Interessen der Betriebsräte zu sichern, die Wirtschaftsgerichte entscheiden sollen, und die Wirtschaftsgerichte bestehen noch nicht, und bis zur Einsetzung der Wirtschaftsgerichte können die Landesorgane die Instanz betrauen, die diese Entscheidungen fällen; in diesem Falle ist es die Amtshauptmannschaft Chemnitz, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat und die die Entlassung als zu Unrecht bestehend aufhob. Das Wandrerwerk fügte sich diesem Beschlusse nicht, sondern legte gegen diesen Entscheid der Amtshauptmannschaft Beschwerde ein, es legte auch Beschwerde ein gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts, das die Entlassung ebenfalls nicht billigte. Die Klage ging weiter an das Landgericht. Dieses entschied wiederum zugunsten der Arbeiter. Das Wandrerwerk lehnte sich nicht an diesen Entscheid, stellte die Betriebsräte nicht ein, ließ sie nicht in das Unternehmen, ließ sie nicht an den Betriebsratsfunktionen teilnehmen, die im Zimmer des Betriebsrates in diesem Unternehmen stattfanden, strengte sogar gegen Kühn und Berg eine Klage wegen Hausfriedensbruch an, weil sie trotzdem verfuhr, an den Sitzungen des Betriebsrates, dessen Vorsitzende sie waren, teilzunehmen. In der ersten Instanz wurde Berg auf Grund dieser Klage wegen Hausfriedensbruch von Chemnitzer Schwurgericht zu 45 R. Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legten Berg und der Staatsanwalt Berufung ein. Und in der Berufungsinstanz mußte der Staatsanwalt, der die Klage in erster Instanz begründet hatte, selbst die Anklage zurückziehen, indem er erklärte: Es liegen keinerlei Gründe vor, die die Anklage auf Hausfriedensbruch rechtfertigen. Aber das Wandrerwerk hatte damit wieder einen bestimmten Zweck erreicht: die endgültige Entscheidung über die Frage, ob Kühn und Berg Betriebsräte sind und wieder in den Betrieb hineingelassen werden müssen, wurde auf einige Monate hinausgeschoben. Das Wandrerwerk legte wiederum Beschwerde ein — Kühn und Berg ebenfalls —, und sie verlangten, daß die Gerichte die ganze Frage beschleunigen sollten. Die Beschleunigung erfolgte in der Weise, daß Ende November 1921 das Oberverwaltungsgericht gegen die Berufung des Wandrerwerkes entschied: Kühn und Berg sind heute noch Betriebsräte und sie müssen in den Betrieb hineingelassen werden, sie müssen als Betriebsräte anerkannt werden. Aber damit war die Angelegenheit noch nicht erledigt. Die Betriebsleiter der Wandrerwerke verhandelten mit den Betriebsräten und sagten: Wir möchten euch nicht gern wieder in den Betrieb hineinnehmen, wir bieten euch eine Entschädigung von 75.000 R. an, wenn ihr nicht wieder in den Betrieb kommt. Wenn Kühn und Berg den Vorstoß des Wandrerwerkes angenommen und die 75.000 R. eingekassiert hätten, so hätten sie sich verpflichtet, aus dem Chemnitzer Gebiete zu verschwinden, denn in Chemnitz hätten sie nie wieder Arbeit bekommen. Sie haben deshalb die Belegschaft darüber entscheiden lassen. Diese hat sich dahin ausgesprochen, daß man das Angebot des Werkes annehmen sollte, wenn das Werk sich bereit erklärt, die Gerichtskosten und noch andere Kosten für den Rechtsanwalt zu übernehmen. Das ist abgelehnt worden. Vom Wandrerwerk aus ist daraufhin gegen die letzte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes und alle anderen Instanzen erneut Widerspruch erhoben und erneut Klage erhoben worden, und einer der Betriebsleiter des großen Unternehmens hat vor Gericht sogar erklärt, ehe diese Betriebsräte wieder in den Betrieb hineinkommen, ehe schließen wir den Betrieb. Dabei ist zu bedenken, daß nicht zuletzt durch die Tätigkeit der Betriebsräte und die intensive Arbeit der Belegschaft es diesem Unternehmen gelungen ist, eine Dividende zu verteilen, die seitens eines Unternehmens erreicht wird. Die Direktion allein schafft die Werte nicht, sie trägt vielleicht

dazu bei, aber ohne die Leistungen der Arbeiter wären diese Profite niemals da. Von dem Gewinn sind 46 Proz. Dividende auf die sämtlichen, auch auf die erst im Januar beschlossenen Stammaktien ausgeschüttet worden; 5,26 Mill. R. werden für soziale Zwecke verwendet und 297.722 R. auf neue Rechnung vorgetragen. Die Bilanz verrät noch reicheren Gewinn. Die großen Beckanlagen auf 26560 qm bebauter Fläche mit 2200 Hilfsmaschinen stehen mit nur 3,9 Mill. R. zu Buch. So arbeitet die Belegschaft des Wandrerwerkes! Wenn man dann sagen will, daß die Arbeiter dieser Firma und der Betriebsrat ihre Pflicht nicht erfüllen, so ist das ein hartes Stück.

(Fortsetzung in der nächsten Beilage)

Beim Landtage neu eingegangene Drucksachen:

Kafer den im Hauptblatt in den letzten Tagen bereits mitgeteilten neuen Vorlagen sind u. a. eingegangen:

Anfrage Nr. 597 des Abg. Rammelberg (Dtschnat.) u. Gen.

Was gebietet die Staatsregierung zu tun, um die Klagen der Pensionäre über die Zurückhaltung der ihnen nach dem Gesetz vom 13. Dezember 1921 zustehenden Ruhestandsbezüge zu befeitigen?

Nr. 599. Kurze Anfrage des Abg. Wehrmann (Dem.) u. Gen.

Auf eine Anfrage der Demokratischen Reichstagsfraktion, betreffend die lebenslängliche Anstellung von Beamten, hat die Reichsregierung am 16. Dezember 1920 folgende Antwort erteilt:

Die Reichsressorts haben sich im Juli 1920 dahin geeinigt, daß die Kündigungsklausel bei allen auf Kündigung angestellten Beamten nach Ablauf einer gewissen Zeit gestrichen werden soll, so daß damit die Anstellung zu einer lebenslänglichen wird. Voraussetzung der Streichung der Kündigungsklausel soll sein, daß der Beamte

- 1. planmäßig angestellt ist,
- 2. das 32. Lebensjahr vollendet hat, und sich
- 3. eine gewisse Zeit im Beamtenverhältnis bewährt hat.

Die Feuerungsfrist beträgt:

- 1. für Zivilianwärter und für Inhaber des Anstellungscheines 5 Jahre,
- 2. für Inhaber des Militärversorgungscheines bei geringerer als 10jähriger Militärdienstzeit 3 Jahre,
- 3. für Inhaber des Militärversorgungscheines mit 10jähriger und längerer Militärdienstzeit 2 Jahre.

Die Dienstzeit bei verschiedenen Behörden einschließlich der bei der Behörde zubehaltenen Dienstzeit wird zusammengerechnet. Bei der Reichsbahn beträgt die Feuerungsfrist mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Dienstes 10 Jahre.

Da hiernach sämtliche Beamte auf Lebenszeit angestellt werden, scheint eine gesetzliche Regelung vor Abschaffung des neuen Reichsbeamtenrechtes nicht notwendig.

Demnach besteht für die Reichsbeamten folgender Rechtszustand: Jeder Beamte, der die unter den Ziff. 1 bis 3 genannten Voraussetzungen erfüllt hat und bei dem die unter den folgenden Ziff. 1 bis 3 erwähnten Feuerungsfristen abgelaufen sind, ist unfähig, also lebenslänglich angestellt.

Ist die Regierung gewillt, dem in der vorstehenden Antwort der Reichsregierung bezeichneten Standpunkt auch ihrerseits beizutreten?

Nr. 608. Kurze Anfrage des Abg. Pagenstecher (Dtschnat.) u. Gen.

In jüngster Zeit gehen anscheinend planmäßig verbreitete Gerüchte durch die Zeitungen, wonach Händler im Lande umherreisen sollen, die die neue Ernte zu ungläubigen Preisen — 1000 R. pro Zentner und mehr — aufkaufen und dabei öffentlich verbreiten, daß der Brotpreis im Herbst noch gewaltig steigen würde. In Händler- und Landwirtschaftskreisen ist man diesen Gerüchten nachgegangen, hat jedoch trotz Ausfertigung von Belohnungen bisher nicht einen Fall nachgewiesen erhalten, in dem ein derartiges Geschäft mit Namen oder Firma des Käufers und des Verkäufers als getätigt festgestellt wäre.

Die Händlervereinigungen weisen das Gerücht als Schwindelei zurück, die Landwirte schließen sich dem an und betonen, daß sie gegen jede ungesunde Preisreibung eintreten. Man kann die ganze Sache nur auf das Bestreben gewisser Kreise zurückführen, die in verwerflicher Weise Unruhe ins Volk zu bringen interessiert sind, die Zwangswirtschaft bis zum endgültigen Ruin der Produktion wieder antreiben und die Wege gegen die Landwirtschaft systematisch betreiben.

Hat die Regierung Kenntnis von diesem Treiben? Hat sie Schritte zur Aufklärung und zur Verhütung des Bolles getan? Oder was gebietet sie in dieser Richtung zu tun?

